

chung der erhöhten Häufung von Krebserkrankungen in Wewelsfleth, die man ihnen mit der Begründung verweigert, für wissenschaftliche Untersuchungen seien die Erkrankungsanzahlen zu niedrig. Weitere mögliche Ursachen wie Belastungen durch Werftbetrieb, Mülldeponie, Früherkennungsuntersuchungen, elektromagnetische Strahlung werden lediglich angesprochen und spekulativ wieder ausgeklammert. Dennoch soll

zukünftig erst einmal nur weiter beobachtet werden, beklagen Henken und Storim. Das bedeute abwarten, bis die Anzahl der Erkrankten für einen statistischen Beweis ausreicht und somit eine weitere Schädigung von Menschen in Kauf zu nehmen. Das AKW-Brokdorf werde dagegen von vornherein als Ursache ausgeschlossen, mit der Argumentation, die zulässigen Grenzwerte für radioaktive Strahlung seien weit unterschritten

und die für ionisierende Strahlung typischen Krebsarten, wie Leukämie und Lymphome, seien nicht statistisch erhöht vorhanden. Diese Argumentationen sind jedoch wissenschaftlich nicht haltbar und dienen nur dazu, weiterhin nichts für die Untersuchung und Aufklärung der Ursachen der erhöhten Zahl an Krebserkrankungen tun zu müssen, beklagen Henken und Storim in ihrer Stellungnahme.

1. [www.strahlentelex.de/Stx\\_12\\_6\\_02\\_S13.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_12_6_02_S13.pdf)  
 2. Michael Henken, Fritz Storim, Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz e.V. (MAUS): Wewelsfleth und die Krebsfälle – Wie Regierung, Behörden und Atomkonzerne Anliegen der Bevölkerung ignorieren, untätig sind und Probleme aussitzen; [www.nadir.org/nadir/initiativ/maus-bremen/Textarchiv/Wewelsfleth\\_Stellungnahme\\_20120314.pdf](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/maus-bremen/Textarchiv/Wewelsfleth_Stellungnahme_20120314.pdf)

## Atommüll-Zwischenlagerung

# Die Strahlung in Gorleben ist gestiegen

### Rechentricks bei der Dosiskalkulation

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) gibt „Entwarnung“ für das Castorlager in Gorleben. 2011 sei die Jahresdosisleistung am Zaun des atomaren Zwischenlagers mit 0,195 Millisievert deutlich unter dem genehmigten Maximalwert von 0,3 Millisievert pro Jahr geblieben, behauptete die GNS am 14. März 2012.

„Das ist eine unglaubliche Irreführung der Öffentlichkeit“, empört sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Dieser Wert sei nämlich kein Meßwert, sondern sei herbeigerechnet. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Die GNS unterschlägt erstens, daß die Strahlung nach ihrer eigenen Rechnung von 0,171 Millisievert im Jahr 2010 auf 0,195 Millisievert im Folgejahr gestiegen ist – das liegt natürlich an den 11 stark strahlenden Castoren, die im November eingelagert wurden. Die schlagen aber nur für einen Monat zu Buche.“

Der Rechentrick der GNS aber sei der eigentliche Skandal. „Die Firma zieht von den gemessenen Bruttowerten im Widerspruch zu den Landesbehörden eine Strahlendosis von 0,27 Millisievert ab.\* Danach müssen also nach Be-

hördenrechnungen im Jahr 2011 0,365 Millisievert Jahresdosis erreicht worden sein, das ist eine deutliche Überschreitung des genehmigten Grenzwertes“, sagte Ehmke.

Die Gorleben-Gegner fordern den niedersächsischen Umweltminister Stefan Birkner auf, dem „Märchen der GNS“, in Gorleben sei alles in Ordnung, sofort und entschieden entgegenzutreten. „Das Niedersächsische Umweltministerium ist gefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen. Wir fordern, daß bei den ausstehenden Messungen des Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) Experten der Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative zugegen sind. Unsere Devise ist: Nichts rein, nichts raus, das heißt, die Anlieferung der nicht wärmeentwickelnden Abfälle ins Fasslager muß ab sofort unterbunden werden.“

\* Die GNS zieht pro Jahr 0,13 mSv Neutronenstrahlung als Hintergrundstrahlung ab, das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) lediglich 0,05 mSv. Die GNS zieht außerdem pro Jahr 0,67 mSv Gammastrahlung ab, das NMU nur 0,48 mSv – eine verzerrende Differenz von insgesamt 0,27 mSv pro Jahr. ●

## Atomwirtschaft

# IAEA-Bericht: Probleme mit alten AKWs

### Auch in Deutschland werden AKWs 25 Jahre lang mit gefährlichen Sicherheitslücken betrieben.

Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) hat einen bisher unveröffentlichten Bericht verfaßt, in dem auf die Probleme mit den vielen Atomkraftwerken (AKW) hingewiesen wird, die über ihre ursprünglich geplante Betriebszeit hinaus weiter genutzt werden. Das berichtete Fredrik Dahl über die Nachrichtenagentur Reuters am 13. März 2012.

Während die Atomindustrie weltweit seit Jahren mit viel Aufwand den Eindruck verbreitet, wir lebten mitten in einer nuklearen Renaissance, werden im Vergleich zum Bestand nur sehr wenige Atomkraftwerke neu gebaut. Jedoch werden die bestehenden Anlagen immer älter. Wie die Daten der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien zeigen, laufen bereits 80 Prozent der weltweit 436 kommerziellen Reaktoren 20 Jahre oder länger (vergl. Abbildung). Gut 30 sind bereits 40 Jahre oder mehr in Betrieb.

Auch der IAEA scheint der Reuters-Meldung zufolge bei dem Gedanken an den durch Neutronenstrahlung versprödeten und rissig werdenden Stahl der Reaktordruckbehälter und ähnliches nicht ganz

wohl zu sein. Demnach haben viele Betreiber die Absicht, ihre Meiler über die Zeit hinaus laufen zu lassen, für die sie ursprünglich ausgelegt waren beziehungsweise sie tun das bereits. So stehe es in dem bisher nicht veröffentlichten Bericht der Organisation.

Der Report spreche zwar von hohen Sicherheitsstandards und Nachrüstungen, räume aber ein, daß es „Bedenken gibt, ob die alternde AKW-Flotte die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann.“ Abgesehen von den Sicherheitsproblemen werden die älteren Reaktoren auch störanfälliger und somit unzuverlässiger als Stromlieferanten.

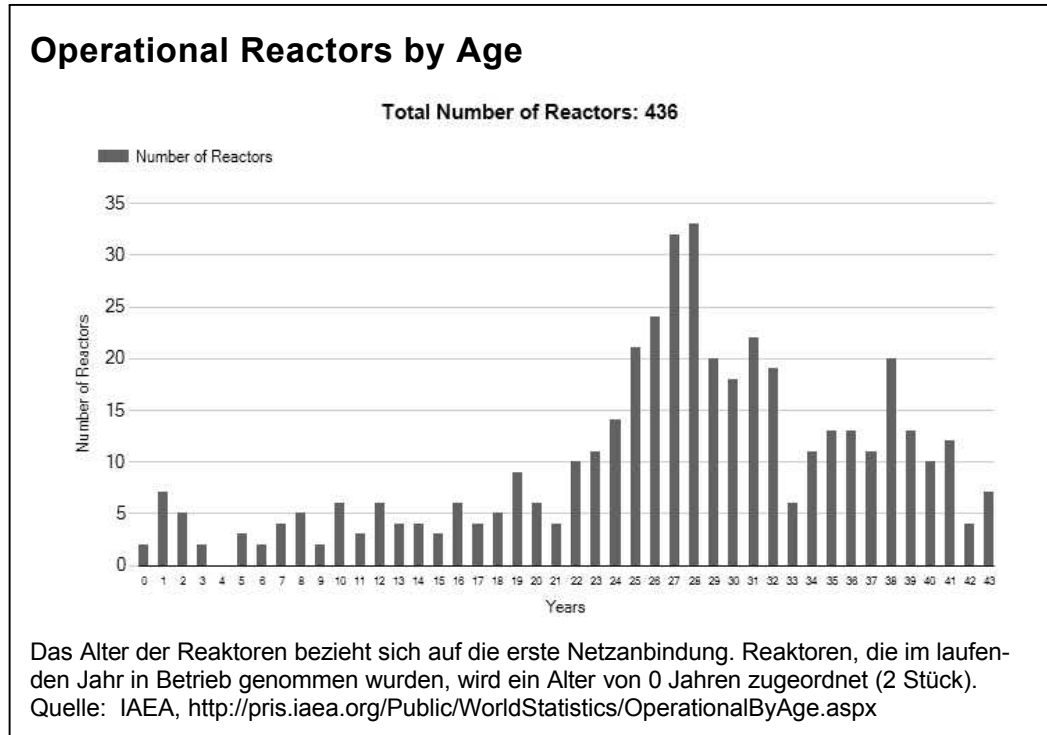
Der IAEA-Bericht weist nach den Angaben von Reuters darauf hin, daß auch die 254 Forschungsreaktoren, die weltweit im Betrieb sind, langsam ins Methusalem-Stadium eintreten. 70 Prozent von ihnen liefen bereits mehr als 30 Jahre. Vielfach operierten sie bereits in einem Zeitfenster, für das sie nicht ausgelegt wurden. Es ist dringend notwendig, beim Ausstieg aus der Atomenergienutzung auch diese Anlagen mit einzubeziehen.

## Zum Beispiel das deutsche AKW Philippsburg: Nachrüstung 25 Jahre nach Betriebsbeginn

Aktuelle Untersuchungen der baden-württembergischen Atomaufsicht machen deutlich, daß gravierende Sicherheitslücken im Atomkraftwerk Philippsburg-2 spätestens seit 2004 bekannt waren, aber erst viereinhalb Jahre später behoben wurden. Nach Auffassung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW macht das deutlich, daß Atomkraftwerke in Deutschland mit gefährlichen Sicherheitslücken betrieben werden, selbst wenn sie Betreibern, Gutachtern und Atombehörden bekannt sind.

Im Jahr 2004 kündigte die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) als Betreiber des Atomkraftwerks Philippsburg-2 der Atomaufsicht den geplanten Austausch weniger Armaturen und Rohrleitungsstücke sowie von Änderungen an „erdbebenfesten“ Stützsystemen für Rohrleitungen und Armaturen an. Bei diesen überschaubar wenigen Maßnahmen ging es um die Begrenzung des Super-GAU-Risikos aufgrund interner Überflutung bzw. aufgrund eines im Rheingraben möglichen Erdbebens. Die gravierenden Sicherheitslücken waren EnBW vermutlich schon lange vor 2004 bekannt.

Dennoch ließ man sich mit dieser ebenso kleinen wie sicherheitstechnisch bedeutsamen Nachrüstung sehr viel Zeit: Ursprünglich sollten die Änderungen 2006 begonnen und 2007 zu Ende gebracht werden. 2008 teilte der TÜV Süd der Aufsichtsbehörde mit, daß die Änderungsmaßnahmen erst 2008 und 2009 umgesetzt werden sollten. 2008 wurden dann „lediglich vorbereitende Arbeiten“ durchgeführt, wie das Physikerbüro Bremen in seinem aktuellen Gutachten für die Atomaufsicht anmerkt. Die eigentliche Durchführung von Nachrüstmaßnahmen erfolgte schließ-



lich erst im Mai 2009 – rund viereinhalb Jahre nach der offiziellen Ankündigung gegenüber der Atombehörde und knapp 25 Jahre nach dem erstmaligen Anfahren des Atomkraftwerks im Jahr 1984. Diese Nachrüstung führte dennoch nicht zur Beseitigung, sondern lediglich zu einer Begrenzung des Risikos.

„Der Fall Philippsburg macht deutlich: Atomkraftwerke werden in Deutschland rund 25 Jahre lang oder auch länger mit gefährlichen Sicherheitslücken betrieben, und selbst wenn Sicherheitsdefizite erkannt werden, lassen sich Betreiber, Gutachter und Atombehörden sehr viel Zeit, um diese punktuell zu beheben. Daß schließlich bei der Durchführung der wenigen Nachrüstungsmaßnahmen – unter scheinbarer Beobachtung der letztlich von den Stromkunden teuer bezahlten Gutachterorganisationen – auch noch gefährliche Schlampereien passieren, wie jetzt offiziell festgestellt wurde, gehört in der deutschen Atomindustrie erfahrungsgemäß zum Geschäft“, moniert IPPNW-Vorstandsmitglied Reinhold Thiel. „Es ist bittere Realität, daß die Atomenergie auch in Deutschland nicht beherrsch-

bar ist und daß es in den derzeit noch in Betrieb befindlichen Anlagen beim Zusammenfallen ungünstiger Randbedingungen tatsächlich jeden Tag zum Super-GAU kommen kann.“ Ein weiterer Skandal bestehe darin, ergänzt IPPNW-Atom-

experte Henrik Paulitz, „daß – wie jetzt vom Gutachter der baden-württembergischen Atomaufsicht moniert – während der späten Durchführung der Nachrüstung die Brandbekämpfung im Reaktorgebäude 16 Tage lang beeinträchtigt war.“ ●

### Atompolitik

## Schwere AKW-Unfälle sind wahrscheinlicher als bisher angenommen

**Studie: Atomaufsichten gehen von mangelhaften Sicherheitsanalysen aus.**

Schwere Unfälle in einem Atomkraftwerk sind erheblich wahrscheinlicher, als Atomaufsichten und Wissenschaft bisher annehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie unter der Leitung von Dr. Helmut Hirsch vom Beraterbüro cervus nuclear consulting, die Greenpeace am 29. Februar 2012 in Berlin vorstellte. Die Studie deckt gravierende Mängel in der sogenannten „Probabilistischen Risikoanalyse“ (PRA) auf, die unter anderem für die Ermittlung von Unfallwahrscheinlichkeiten verwendet wird.

### „... jenseits praktischer Vernunft“

Ein schwerer Unfall in einem Atomkraftwerk kann ein Gebiet von bis zu 100.000 Quadratkilometern dauerhaft unbewohnbar machen. Das ist fast ein Drittel der Fläche Deutschlands mit mehreren Millionen Einwohnern. Eine solche vom Menschen verursachte Katastrophe muß möglichst ausgeschlossen werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1978 entschieden, daß der Betrieb von Atomkraftwerken nur dann toleriert werden kann, wenn das Risiko